

**Motion Fraktion GB/JA! (Cristina Anliker-Mansour, GB): Mahlzeiten 1: Cateringlieferungs-firma mit Ausbildungsplätzen für erwerbslose AusländerInnen**

In der Stadt Bern läuft derzeit das einjährige Pilotprojekt „Mahlzeitlieferung für Tagesstätten und Tagesschulen“. Den Auftrag hat die Cateringfirma „Menu and More AG“ aus Zürich erhalten. Am Cateringpilotprojekt nehmen Tagesstätten und Tagesschulen teil, die bisher nicht vor Ort gekocht haben. Der Pilotversuch wird eng von einer Arbeitsgruppe begleitet. In dieser Begleitgruppe nehmen nebst der Elternschaft auch Vertretungen der Tagesschul- und Tagesstättenleitungen sowie der Schulleitungen Einsitz. Wir sind der Meinung, dass die Stadt Bern, falls sie die Mahlzeitlieferung einführt, den Auftrag mit einem Projekt koppeln soll, welches die Beschäftigung für erwachsene AusländerInnen ohne Abschluss fördert und Ausbildungsplätze schafft. Die Ausbildungslosigkeit bei ausländischen Personen in der Stadt Bern ist sehr hoch. Zu den besonders Betroffenen gehören junge Erwachsene, die erst im Verlaufe der obligatorischen Schulzeit in die Schweiz eingewandert sind (spät zugezogene Kinder/Jugendliche im Familiennachzug, vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge). Sie werden – je nach Alter – bei der Einreise gar nicht mehr eingeschult, demzufolge fehlt ihnen sehr oft der Anschluss zur die nachobligatorischen Ausbildung, vor allem zur Berufsausbildung. Das KA hat in seiner Strategie zur Förderung der beruflichen und sozialen Integration in der Stadt Bern 2014-2017 im Bereich Ausbildungsabschluss für erwachsene AusländerInnen nichts definiert. Es gibt kein Projekt, welches auf einen Berufsabschluss dieser Zielgruppe zielt.

Der Gemeinderat wird deshalb aufgefordert, falls das Projekt Mahlzeitlieferung eingeführt wird:

- Den Auftrag „Mahlzeitlieferung“ an soziale Unternehmen zu erteilen, die sich verpflichten Ausbildungsplätze und Praktikumsstellen für erwachsene AusländerInnen anzubieten.

Bern, 26. März 2015

*Erstunterzeichnende: Cristina Anliker-Mansour*

*Mitunterzeichnende: Regula Bühlmann, Regula Tschanz, Franziska Grossenbacher, Leena Schmitter, Stéphanie Penher, Katharina Gallizzi, Seraina Patzen*

**Antwort des Gemeinderats**

Der Inhalt der vorliegenden Motion betrifft einen Bereich, der in der Zuständigkeit des Gemeinderats liegt. Der Motion kommt deshalb der Charakter einer Richtlinie zu. Sollte die Motion erheblich erklärt werden, ist sie für den Gemeinderat nicht bindend. Er hat bei Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grads der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrags. Zudem bleibt die Entscheidungsverantwortung beim Gemeinderat.

In der Stadt Bern gibt es elf familienergänzende Betreuungseinrichtungen (Kita, Tagi und Tagesschulen), die über keine eigenen Produktionsküchen zur Herstellung der Mahlzeiten verfügen. Diese Einrichtungen bezogen ihre Mahlzeiten von verschiedenen Caterern, mit denen sie individuelle Verträge abschlossen. Caterer waren Restaurants, benachbarte Tagesschulen oder Tagis, zeitweise das Gastro Murifeld usw. Dabei wurde das Essen kurz vor dem Mittag in Isolierbehältern warm in die familienergänzenden Betreuungseinrichtungen transportiert.

Diese elf Betreuungseinrichtungen sind auf ein Catering angewiesen, weil der Platz für den Einbau einer Produktionsküche fehlt. In der Stadt Bern werden auf diese Weise wöchentlich insgesamt 2 000 Mahlzeiten geliefert.

2014 wurde aus Kostengründen entschieden, das Catering gemäss kantonalem Beschaffungsrecht für alle elf Betriebe öffentlich auszuschreiben. Gleichzeitig wurde in der Ausschreibung eine Kaltanlieferung vorgegeben. Die Kaltanlieferung (cook & chill-Verfahren) hat den Vorteil, dass das Essen nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt mit knappen Fristen geliefert werden muss. Ausserdem behält das Essen auf diese Weise die Nährstoffe und gart nicht nach. In der öffentlichen Ausschreibung wurde grosser Wert auf Nachhaltigkeitskriterien (40 %-Gewichtung) gelegt.

Die Nachhaltigkeit wurde mit folgenden Kriterien bewertet:

- Der Anbieter bietet Arbeitsplätze für die berufliche oder die soziale Integration. Bewertet wird das Vorhandensein solcher Arbeitsplätze oder die Bereitschaft, bei Vertragsabschluss auf Auftragsbeginn solche zu schaffen. Als Nachweis wird eine schriftliche Bestätigung verlangt.
- Die Transportfahrzeuge für die Auslieferung entsprechen mindestens der Euro-Norm 4. Fahrzeuge mit besseren Emissionswerten werden entsprechend höher bewertet.
- Regionale Herstellungsorte und nachhaltige Produktionsart der verwendeten Lebensmittel werden bewertet. Es gilt dabei die Lebensmittel-Labelbewertung des WWF.

In der öffentlichen Ausschreibung wurden sechs Offerten eingereicht. Das Unternehmen „Menu & More“ erhielt den Zuschlag. Der Pilotversuch begann im Januar 2015.

Parallel zum Pilotversuch mit externem Catering prüft die Direktion für Bildung, Soziales und Sport alternative Herstellungsverfahren, welche folgende Kriterien erfüllen:

- Qualität des Essens: Nährstoffgehalt, Labels, Zufriedenheit der Kinder
- Nachhaltigkeit: ökologisch, ökonomisch, sozial
- Wirtschaftlichkeit
- Akzeptanz bei Abteilungen, Betrieben (Tagesschulen, Kitas, Tagis), Kinder, Eltern, Öffentlichkeit und Politik.

Ausserdem sollen bei der Mahlzeitenherstellung weitere Anliegen berücksichtigt werden wie beispielsweise:

- die Schaffung sozialer Arbeitsplätze von resp. für das Kompetenzzentrum Arbeit und das Kompetenzzentrum Integration,
- die Ausnutzung interner Ressourcen (z.B. Kompetenzzentrum Arbeit, Kompetenzzentrum Integration, Gesundheitsdienst ) und vorhandener Infrastrukturen (z. B. Breitenrain-Produktionsküche),
- wenn möglich die Ausnutzung von Leistungsvertragspartnerschaften und anderer bewährter Partnerschaften: Domicil, La Cultina, Gastro Murifeld, städtische Pächter,
- die Favorisierung lokal-regionaler Lösungen.

Diese Arbeiten sind in Gang. Erste Ergebnisse liegen vor. Geplant ist, noch in diesem Jahr einen Evaluationsbericht zu Händen des Gemeinderats zu erstellen mit folgenden Informationen:

1. Ergebnisse des Pilotversuchs.
2. Juristische Abklärung des Spielraums einer erneuten öffentlichen Ausschreibung, vor allem zur Überprüfung des regionalen Aspekts.
3. Wirtschaftlichkeitsprüfung und Vollkostenrechnungen zu den verschiedenen Herstellungsverfahren.
4. Ergebnisse der Abklärungen bei den städtischen Abteilungen und Einrichtungen Kühlewil, Kompetenzzentrum Integration und Kompetenzzentrum Arbeit und ihre mögliche Rolle in der Mahlzeitenherstellung für familienergänzende Einrichtungen.

5. Erarbeitung von Qualitätskriterien für die Mahlzeitenherstellung in familienergänzenden Einrichtungen, unabhängig der Herstellungsmethode.
6. Antragstellung für das weitere Vorgehen.

Die bisherigen Arbeiten wie auch die geplanten weiteren Schritte zeigen, dass der Gemeinderat dem sozialen Aspekt hohes Gewicht gibt und weiterhin geben wird. Er unterstützt das Anliegen des Vorstosses und strebt eine Win-Win-Lösung an in dem Sinne, dass ein qualitativ hochstehendes Catering mit der Schaffung von sozialen Arbeits- und Ausbildungsplätzen verbunden werden kann. Gerade der Gastrobereich eignet sich erfahrungsgemäss gut für die Schaffung sozialer Ausbildungsplätze. Es ist dem Gemeinderat insbesondere ein wichtiges Ziel, Ausbildungsplätze für Migrantinnen und Migranten zu schaffen. Er wird dabei prüfen, ob und wie die Schaffung von Ausbildungsplätzen für Migrantinnen und Migranten in der Mahlzeitenherstellung ausgestaltet werden kann. Allenfalls lassen sich Ausbildungsplätze auch in anderen Bereichen realisieren.

#### *Folgen für das Personal und die Finanzen*

Die Folgen für das Personal und die Finanzen sind derzeit nicht bezifferbar. Insbesondere bei den städtischen Kitas muss auch die Wirtschaftlichkeit des gewählten Verpflegungsmodells beachtet werden: Im Zuge der Einführung der Betreuungsgutscheine und des Systemwechsels bei der Subventionierung von Kita-Plätzen dürfen ab 2016 allfällige Defizite der Kitas nicht mehr von der Stadt übernommen werden.

#### **Antrag**

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.

Bern, 16. September 2015

Der Gemeinderat